

Ortlieb, Heinz-Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Zur Frage der wachsenden Staatsausgaben

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1964) : Zur Frage der wachsenden Staatsausgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 12, pp. 499-500

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133435>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Zur Frage der wachsenden Staatsausgaben

Die Ereignisse der letzten Wochen haben erneut gezeigt, daß unsere Bedenken gegen die „Steuersenkungen im Wahljahr“ (vgl. gleichnamigen Artikel im WIRTSCHAFTSDIENST, Heft 9/1964) nur zu berechtigt sind. Ob es nun um die Folgekosten der Getreidepreisregelung und der Situation des Kohlenbergbaus geht oder ob die neuerliche Forderung des Bundesministers Lenz, die Ausgaben für die Forschung zu verdoppeln, zur Debatte steht, in jedem Falle handelt es sich um Beiträge, die zusammen in die Milliarden gehen und die irgendwie vom Staat aufgebracht werden sollen.

Ob so etwas wie das von Adolph Wagner aufgestellte „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ überhaupt existiert, ist wissenschaftlich exakt kaum nachzuweisen. Dies ist auch nicht das Ziel der folgenden Argumentation. Unser Ziel ist ein viel bescheideneres, um nicht zu sagen geradezu simples, nämlich nachdrücklich in Erinnerung zu rufen, daß alle Parteien und Regierungen, insbesondere die Bundesregierung mit ihrem Steuersenkungsgesetz in zunehmendem Maße wirtschaftspolitische Ziele deklarieren, die sich gegenseitig ausschließen. Man kann nicht am laufenden Band immer größere öffentliche Investitionen zu etwas unabwendbar Notwendigem erklären und gleichzeitig planen, durch Verzicht auf einen Teil der wachsenden Staatseinnahmen den privaten Haushalten einen Extrabonus zukommen zu lassen.

Wenn man die Zahlen aus jenen z. T. höchst offiziellen Investitionsplänen einmal addieren würde, so käme man zu astronomischen Ziffern der Staatsausgaben. Wir sind nicht der Meinung, daß heute schon etwas darüber ausgesagt werden kann, ob der sich aus diesen Ziffern ergebende Nachholbedarf volle Anerkennung verdient und in welchem Umfang und wie er gedeckt werden kann. Aber wir sind der Ansicht, daß es höchste Zeit wird, diese Fragen endlich einmal zu klären, insbesondere eine Dringlichkeitsskala jener Investitionsbedürfnisse aufzustellen, damit man, wenn man schon nicht den ganzen Bedarf decken kann, die Sprossen jener Skala in einer einigermaßen richtigen Reihenfolge erklettert und es nicht dem Zufall überläßt, was berücksichtigt wird oder unberücksichtigt bleiben muß, weil man an die Grenzen des schlechthin Möglichen stößt. Man sollte sich gleichzeitig überlegen, wie und wie weit eine Finanzierung möglich wäre.

Einiges von den erforderlichen Mitteln wird sich aus Einsparungen im Haushalt von Bund, Ländern und Gemeinden decken lassen. Aber wieviel wird das sein? Der „Spiegel“ hat kürzlich sicherlich mit Recht die Aufwendungen für repräsentative Bauten einiger großer Gemeinden kritisiert. Daraus allerdings eine Berechtigung der Steuersenkung abzuleiten, war jedoch mehr als voreilig. Sicherlich ist es berechtigt, vom „Staat“ zu verlangen, daß er in einem asketischen Lebensstil vorausgeht. Aber er kann nur vorausgehen, wenn man ihm in den übrigen Sektoren unserer Wirtschaftsgesellschaft nachfolgt. Andernfalls wird er die Dürftigkeit seiner Verwaltungsgebäude und Anstalten auf die Dauer nicht mit brauchbaren Bediensteten bevölkern können. In vielen Fällen ist die Unterbringung der „Staatsdiener“ in Behörden, Instituten, Schulen und Krankenhäusern auch heute noch so ärmlich, daß sie nicht entfernt einen Vergleich mit jenen dominierenden Bereichen der Wirtschaft verträgt, die in den letzten Jahrzehnten ein rasches Wachstum verzeichnen konnten. So würde wahrscheinlich der Versuch, ein Bekenntnis zur „staatlichen Askese“ zu realisieren, wenn überhaupt, nur einen kleinen Bruchteil der erforderlichen Mittel einbringen können.

Etwas ergiebiger könnte der Verzicht auf das erscheinen, was uns unsere Agrar- und Mittelstandspolitik kostet. Aber wird man zu einem solchen Verzicht bereit sein? Wird nicht den Parteien und Regierungen demgegenüber selbst eine radikale Steuererhöhung als das kleinere Übel erscheinen? Schon deshalb, weil man seit Jahren gepflegte „ökonomische Naturschutzparks“ nicht von heute auf morgen abbauen kann, ohne daß man mit einem katastrophalen politischen Erdbeben rechnen müßte.

Das Argument des Bundesfinanzministers für eine Steuersenkung: Private Haushalte seien eher bereit als Parlamente, zusätzliche Einkommen nicht auszugeben, mag in einem Wahljahr seine Berechtigung haben. Aber trifft es eigentlich den entscheidenden Punkt? Ist nicht wichtiger zu fragen: Welche Ausgaben streichen Bund und Länder, wenn ihnen allein im Jahr 1965 drei bis vier Milliarden weniger Einnahmen zur Verfügung stehen? Werden nicht gerade diejenigen öffentlichen Investitionen, die schon allzu lange hinausgezögert worden sind, betroffen werden? (Agrarhilfe statt Straßenbau?) Müssen nicht u. U. schon begonnene öffentliche Investitionen in einem Augenblick gekürzt oder unterbrochen werden, der nur Leerlauf und Verteuerung der Vorhaben zur Folge haben kann? Und was wird das für die nächsten Haushaltsjahre bedeuten? Geraten wir nicht gerade dadurch in jenes Ausgabenchaos hinein, vor dem kürzlich wieder der Hamburger Finanzsenator Prof. Weichmann mit Recht gewarnt hat? — Es sollte doch darauf ankommen, den Nachholbedarf so billig wie möglich zu decken!

Um ein solches Ziel zu erreichen, dafür ist eine rechtzeitige Entscheidung über die Priorität und damit über die Koordination der Pläne auf den einzelnen Sektoren (Bildung, Wissenschaft, Wasserwirtschaft, Straßenbau usw.) der erste und dringendste Schritt. Aber gerade dieser Schritt wird der schwierigste sein. Es handelt sich ja hier nicht bloß um die Frage, welche Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen werden und wie sie aufgeteilt werden sollen. Es muß gleichzeitig gefragt werden: Wie können sie aufgeteilt werden, ohne daß es zu massierten Nachfrageverschiebungen kommt, die über die Kapazität der einzelnen Märkte hinausgehen? Um zwei Beispiele zu nennen: 1. Auch wenn es möglich wäre, die Mittel bereitzustellen, um gleichzeitig Krankenhäuser, Schulen und Universitäten zu bauen, so ist das nur durchführbar, wenn die Kapazität des Bausektors dafür ausreicht. 2. Auch wenn es richtig wäre, daß wir so viele Lehrer und Abiturienten brauchten, wie die Bildungspläne der letzten Jahre fordern, bleibt die Frage, wo wir die Menschen hernehmen bzw. welchen anderen Sektoren sie entzogen werden sollen.

Aber was für Meinungsunterschiede und Interessengegensätze wird die Beantwortung solcher Fragen offenlegen! Wird hier überhaupt ein vernünftiger Kompromiß erreichbar sein? — Wie optimistisch oder pessimistisch wir solchen Fragen auch gegenüberstehen mögen, eins können wir nicht ableugnen: je später wir uns auf Prioritäten einigen, je weiter wir Rationalisierungen und Reformen in den in Frage stehenden Bereichen hinausschieben, mit desto größerer Gewißheit wird sich in wachsenden Staatsausgaben niederschlagen, was sich durch mangelhafte Koordination nicht vermeiden ließ.

*Heinz-Dietrich Ortlieb*

---

## Bibliographie der Wirtschaftspresse

Herausgegeben vom HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

Dokumentation wirtschaftlicher und technischer Artikel der ausländischen Wirtschaftspresse

erscheint monatlich mit 48 Blatt

Bezugspreis jährlich DM 120,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 36 · POSTSTRASSE 11

---